

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Gollaleh Ahmadi und Benedikt Lux (GRÜNE)

vom 16. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Dezember 2025)

zum Thema:

Geplanter Ausbau des Kreuzfahrt-Terminals in Spandau

und **Antwort** vom 2. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Januar 2026)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Frau Abgeordnete Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) und
Herrn Abgeordneten Benedikt Lux (GRÜNE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24626
vom 16. Dezember 2025
über Geplanter Ausbau des Kreuzfahrt-Terminals in Spandau

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Spandau von Berlin um Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Welche baulichen und betrieblichen Veränderungen sind im Rahmen des Ausbaus vorgesehen und in welchem Verfahrensstand befinden sich die hierfür erforderlichen Genehmigungen?

Antwort zu 1:

Der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt liegen keine Informationen über das Vorhaben vor.

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt liegt hierzu kein Antrag vor.“

Frage 2:

Welche umwelt- und naturschutzrechtlichen Auflagen gelten derzeit am Standort, und welche zusätzlichen Anforderungen werden im Zuge der geplanten Erweiterung voraussichtlich relevant?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Da kein Antrag vorliegt, gibt es keine umwelt- und naturschutzrechtlichen Auflagen inklusive der umweltrechtlichen Zuständigkeit im Abfall- und Immissionsschutzrecht.“

Frage 3:

Welche Erkenntnisse liegen zu möglichen Auswirkungen des Ausbaus auf geschützte Arten, Uferbereiche, Biotope oder angrenzende Schutzgebiete vor, und welche Maßnahmen sind zur Vermeidung oder Minderung solcher Auswirkungen geplant?

Antwort zu 3:

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Eine Darstellung der erfragten Auswirkungen auf die genannten Punkte ist bis zur Fristsetzung der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage aus personellen Gründen nicht möglich.“

Frage 4:

Welche Vorkehrungen werden getroffen, um sicherzustellen, dass keine Abwässer in Spree oder Havel eingeleitet werden, und welche zusätzlichen Anlagen zur Behandlung, Speicherung oder Ableitung von Abwässern sollen geschaffen werden?

Antwort zu 4:

Zum genannten Vorhaben liegen derzeit noch keine Informationen vor. Sobald entsprechende Grundlagen vorliegen, kann eine Bewertung erfolgen.

Frage 5:

Wie soll künftig die Entsorgung weiterer Abfälle wie Bilgenwasser, Altöl, Restmüll und Recyclingstoffe organisiert werden?

Antwort zu 5:

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Da dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt hierzu keine Planungen vorliegen, ist eine Beantwortung nicht möglich.“

Frage 6:

Welche Behörden sind für die Kontrolle und Überwachung der Umwelt- und Abwasserauflagen zuständig, und in welcher Form sollen regelmäßige Kontrollen am neuen Standort erfolgen?

Antwort zu 6

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Für die Überwachung der Umweltauflagen ist das bezirkliche Umwelt- und Naturschutzamt zuständig, hierunter fällt die AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) und die GewAbfV (Gewerbeabfallverordnung).

Die Kontrollen (Ortsbesichtigungen) in bezirklicher Zuständigkeit finden anlassbezogen oder in regelmäßigen Abständen statt (ca. alle 3 Jahre).“

Frage 7:

Sind im Rahmen des Ausbaus ergänzende Monitoringmaßnahmen wie kontinuierliche Gewässerqualitätsmessungen oder ökologische Begleituntersuchungen vorgesehen?

Antwort zu 7:

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt liegen hierzu keine Planungen vor.“

Frage 8:

Welche Maßnahmen zur Förderung emissionsarmer oder alternativer Antriebstechnologien von Kreuzfahrt- und Fahrgastschiffen (z. B. Landstrom, elektrische oder hybride Antriebe) sind geplant?

Antwort zu 8:

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt verhandelt zurzeit mit dem Bundesministerium für Verkehr über eine Neuregelung der Nutzung der Fahrgastschifffahrtsanleger. Maßnahmen wie die Ausstattung mit elektrischen Lademöglichkeiten wären in der Umsetzung zukünftig vorgesehen.

Frage 9:

Welche Konzepte zur Verringerung von Lärm- und Abgasemissionen werden für den erweiterten Terminalstandort geprüft oder umgesetzt?

Antwort zu 9:

Das Bezirksamt Spandau antwortet darauf wie folgt:

„Dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt liegen hierzu keine Planungen vor.“

Berlin, den 02.01.2026

In Vertretung

Andreas Kraus

Senatsverwaltung für

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt